

Mechnischer Anzeiger

Tageblatt und Volkszeitung für die Eifel

Mittwoch, 23. Juli 1930



Nr. 157 :-: 8. Jahrgang

10 Pfennig

Erscheint wöchentlich 6 mal außer feiertags. Bezugspreis 1.50 Mk. für den Monat, ein Jahr 16.00 Mk. Zahlbar in zwei Raten am 1. und 15. des Monats. Bei Störungen infolge höherer Gewalt keine Ersatzansprüche. Bestellungen jederzeit durch die Post oder unsere Boten.

Druck und Verlag Corp Nachf. Inh. Johann Eichen, Mechnich.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Johann Ignaz Schmitz, Mechnich.

Anzeigen kosten: 1 spaltige mm-Zelle 10 Pfg. Schluß der Aufnahme 9.30 Uhr. Für Erscheinungstag und Platz keine Gew. Zhr. Belegten Der Sport vom Sonntag, Wirtschaft Kultur - Leben, Die Frau und ihre Welt, Unsere täglichen Fragen, Der Sonntag Schriftleitung und Geschäftsstelle Mechnich Bahnstraße 46b Fernsprecher Mechnich 63 - Bankverbindung Kreissparkasse Mechnich.

Der jubelnde Rhein.

Die preußische Befreiungsfeier in Koblenz.

Die Fahrt des Reichspräsidenten von Eifel bis Koblenz

Wäre durch den schönsten und romantischsten Teil des Rheins. Obwohl das Wetter trübe und der Himmel bedeckt war, lag über dem Rhein Festtagsstimmung. An den Ufern, auf den Dampfern, überall haben Menschen sich aufgestellt, die seit Stunden darauf warten, ihren Hindenburg zu sehen. Kinder winkten mit Tüchern und Fahnen. Ueber das weite Wasser hinweg schallten die Hochrufe und mischten sich mit dem feierlichen und doch fröhlichen Klang der Kirchenglocken. Am Rheinsheim vorbei geht die Fahrt über Bingen, vorüber an all den Orten, von denen man weiß, daß hier guter Wein wächst, vorüber an Pfaffenhausen, an Borch, wo mitten im Fluß auf der Toteninsel, die man bekanntlich für das Reichsheinmal vorgeschlagen hat, hoch in der Luft eine schwarze Fahne weht, vorüber an Caub, vorüber an der Koresley, dann an St. Goar und Boppard, Rieberlahnstein und der Mündung der Rahn vorbei. Als das Schiff sich Koblenz näherte, wollten die Hochrufe kein Ende nehmen. Immer wieder mußte der Reichspräsident vom Schiff aus grüßen, und während der Dampfer langsam bedrohte, sang es über dem Rhein: „Deutschland, Deutschland über alles!“

Nach der kurzen Begrüßung an Land kommt

der ergreifendste Augenblick.

den wir auf dieser Reise erleben, als mehrere Tausend Kinder anheben zu dem Aheinfied Mag von Scheffendorff. In diesem Augenblick ist die Sonne hervorgekommen, die alles in ihren Glanz taucht, und hell und klar schwingen sich die Stimmen der Kinder zum Himmel empor. Man sieht es auch dem Reichspräsidenten an, daß er von diesem Eindruck tief ergiffen ist. Er schreiet dann die Front der Kinder ab, bittet den jungen Dirigenten zu sich und trägt ihm auf, den Kindern zu sagen, wie sehr er sich über ihren Gruß gefreut habe. Während der Reichspräsident sich langsam zum Wagen begibt, um in die Stadthalle zu fahren, hebt wieder ein Hochruf an, das nicht aufhören will, dann das Deutschlandlied wieder und immer wieder.

Zu vielen Johntausenden, dicht gedrängt, stehen die Menschen auf beiden Seiten der Straßen, durch die der Reichspräsident fährt. Es ist ein endloses Jubeln.

Der Festakt in der Koblenzer Stadthalle

nahm einen glänzenden und erhebenden Verlauf. Die große Halle war mit Blumen, insbesondere Palmen und Lorbeer, geschmückt. Von den Wänden und von der Decke hingen die Farben des Reiches, Preußens und der Stadt Koblenz herab. Die Feier wurde eingeleitet mit einem Präludium, das der städtische Musikdirektor Overhoff zu Ehren des Reichspräsidenten geschrieben hatte. Dann hielten Oberpräsident Dr. h. c. Fuchs, Oberbürgermeister Dr. Russell, Ministerpräsident Dr. Braun, Reichsverkehrsminister von Guérard und als letzter Reichspräsident von Hindenburg Reden.

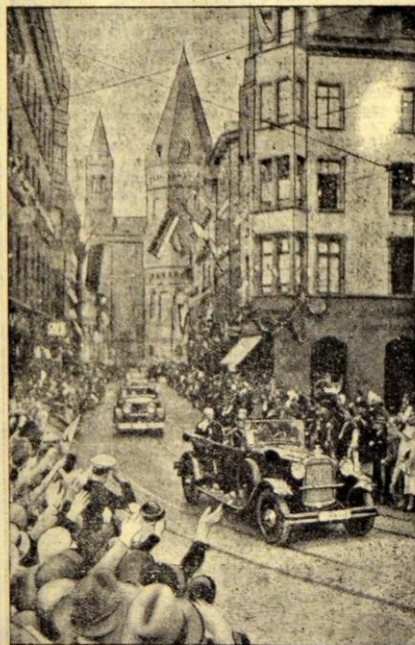
Aus der Ansprache des Ministerpräsidenten Braun seien die Sätze erwähnt: Die eigene Widerstandskraft eines Reiches wird erst sichtbar, wenn seine Grundfesten angegriffen werden. Das haben verbrecherische Kräfte 1923 versucht. Daß ihnen das nicht gelang, danken wir nicht zum mindesten dem festen Gefüge des preußischen Staatsverbandes und der engen Verbundenheit der rheinischen Bevölkerung mit der preußischen Bevölkerung. Wir haben aus der Separatistenei die eine bedeutsame innerpolitische Lehre zu ziehen: Der preußische Staatsverband darf nicht eher gelockert werden, bis wir einen einheitlichen Reichsverband oder etwas völlig Gleichwertiges an seine Stelle zu setzen vermögen. Noch fehlt uns in diesem preußischen Staatsverband eines der wertvollsten Glieder der Rheinprovinz, das herrliche Gebiet an der Saar. Wir grüßen heute die in Treue

erprobten Saarländer und hoffen mit ihnen, daß bald auch sie sich der Rückkehr zum Vaterland erfreuen können.“

Reichspräsident von Hindenburg erinnerte daran, daß er als ehemaliger Koblenzer Bürger — Hindenburg wohnte als Generalfeldmarschall des 8. Armeekorps vor dem Kriege in Koblenz — mit besonders teilnehmendem Herzen das schwere Schicksal empfunden habe, das die Nachkriegszeit über diese schöne Stadt am Rhein gebracht habe. Er gedachte der vielen Opfer der langen Lebenszeit. Unvergesslich würden jene Wochen und Monate sein, da verätherische Elemente versuchten, rheinisches Gebiet vom Vaterland loszulösen, und sich in einmütigen freien Zusammenschluß alle Schichten der Bevölkerung zusammenfanden, um diesen verbrecherischen Anschlag auf deutsches Land abzuwehren und die Einheit des Reiches zu retten. Der Rhein sei jetzt noch mehr als je zum Wahrzeichen der deutschen staatlichen Einheit und unseres Willens zur Selbstbehauptung geworden.

Auf die Rede des Reichspräsidenten erwiderte die Versammlung mit begeisterten Huldigungen. Die Feier wurde abgeschlossen mit dem „Halleluja“ aus dem „Messias“ von Händel.

Hierauf betrat der Reichspräsident den Platz vor der Stadthalle, auf dem sich während des Festaktes eine unübersehbare Menschenmenge angesammelt hatte. Bei seinem Erscheinen brach die Menge dem Reichspräsidenten ehrenden Grüsse dar.



Hindenburgs Fahrt durch das festlich bewachte Mainz. Im Hintergrund der Dom.

Einkerbung des Reichstagsausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung.

In parlamentarischen Kreisen verläutet, daß der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete heute als Vorsitzender des Reichstagsausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung, der auch nach der Auflösung des Reichstages weiter besteht, nach Erlass der neuen Notverordnungen, also voraussichtlich Ende dieser oder Anfang nächster Woche, den Ausschuss einberufen wird, damit dieser zu den neuen Notverordnungen Stellung nimmt. Von den 28 Mitgliedern des Ausschusses entfallen neun auf die Sozialdemokraten, vier auf die Deutschnationalen und das Zentrum, je drei

auf die Deutsche Volkspartei und die Kommunisten, zwei auf die Wirtschaftspartei und je ein Mitglied auf die Demokraten, die Bawerische Volkspartei und die Christlich-Nationale Arbeitsgemeinschaft.

Der deutsche Bergarbeiter greift in Breslau.

Die Ansprache des deutschen Bergarbeiterkongresses über die Anträge, die zu den Geschäftsberichten 1928 und 1929 gestellt waren, wurde am Dienstagvormittag durch einen Schlußantrag beendet. In dem darauf von dem Abg. Hufmann-Bohum gesprochenen Schlußwort wurde betont, daß eine Verpuppung des Lohn- und Preisproblems, wie es die

Die Opfer der Tsifun-Kataklyphe.

Eine offizielle Verlautbarung aus Tokio über die Folgen der letzten Tsifun-Kataklyphe gibt folgende Zahlen bekannt: Auf Korea wurden 398 Menschen getötet und 206 verletzt, 1498 Personen werden vermisst. Man nimmt an, daß sie sämtlich umgekommen sind, 8475 Häuser sind zerstört worden.

In Kijuhin sind nach einer neuesten offiziellen Mitteilung 82 Personen getötet und 425 verletzt worden. 75 Personen werden vermisst; 16 890 Häuser wurden zerstört, 20 780 beschädigt. 1808 Schiffe sind gesunken.

Die Hitzewelle in Amerika fordert 100 Tote.

Wie aus Chicago gemeldet wird, wurden im ganzen Lande Höchsttemperaturen gemessen, die auch die Zahl der Todesopfer auf ein Höchstmaß anwachsen ließen. Berichte besagen, daß infolge der großen Hitze über 100 Tote zu beklagen sind, und zwar in Columbia 21, in Ohio 19, in Chicago, Detroit und St. Louis je 13, in Indianapolis 8, in Pittsburg 6, in New York 5 und in Boston 2. In Columbus stieg das Thermometer auf 44,5 Grad Celsius, in Toledo auf 41,5, in Washington auf 41, in Cincinnati auf 38 und in New York auf 37,5 Grad.

In New York wurden wegen der riesigen Hitze zum ersten Male seit vielen Jahren sämtliche Anlagen für die Nacht zum Schließen freigegeben. Am Montag wurden als Höchsttemperatur 38 Grad Celsius im Schatten gemessen.

Unternehmer wollten, nach Auffassung der Arbeitnehmer als ein Schlag gegen die Gemeinwirtschaft zu gelten habe. Sollten die Bergbauunternehmer Kohlenfestungen vornehmen, so würden diese von den Ruhrbergarbeitern unter keinen Umständen kampflos hingenommen werden.

Unter den angenommenen Entschärfungen befand sich auch ein Antrag, in dem anlässlich des Unglücks von Neurode eine Untersuchung darüber gefordert wird, ob das Einatmen von Kohlenstaub bei Kohlenstaubausbruch im Bergbau dauernde Gesundheitsstörungen hervorruft. Bei positivem Ergebnis der Untersuchung wäre dafür zu sorgen, daß diese Krankheit als entschuldigendspflichtig der Unfallversicherung unterstellt werde.

Aus dem Ipehoer Landvolk-Projekt.

Zu Beginn der Dienstagverhandlung im Landvolk-Projekt in Ipehoer teilte der Vorsitzende mit, daß die Angeklagten Marfus, Wulf-Eisenbort und Gönd-Garbed ihre weitere Verteidigung durch den Rechtsanwalt Dr. Zutzgebühren ablehnen und sich selbst verteidigen werden.

Darauf ergriß der Angeklagte Samens das Wort zu einer Erklärung, in der unter Hinweis darauf, daß zwei der Angeklagten eine die übrigen Angeklagten und ihre Verteidiger verunglimpfende Eingabe an den Gerichtsstaatsprokurator eingereicht hätten, festgestellt wird, daß der Verteidiger nicht noch besonders gegen die beleidigenden Vorwürfe in Schutz genommen zu werden brauche.

Sobald wurde in die Vernehmung der Zeugen der Verteidigung über die Notifizierungs-Verhandlungen eingetreten.

Sowjet-Rußisches.

Litwinow Außenkommissar.

Einer amtlichen Meldung aus Moskau zufolge hat das Präsidium des Zentralvolkzugsausschusses das Rücktrittsgesuch des Außenkommissars Tschitscherin endgültig genehmigt und an seine Stelle den bisherigen stellvertretenden Außenkommissar Litwinow zum Außenkommissar der Sowjetunion ernannt.

Nach einer ergänzenden Meldung Berliner Blätter wurde der Berliner russische Gesandte Krestinski zum stellvertretenden Außenkommissar ernannt. Ueber die Person seines Nachfolgers in Berlin ist bisher noch nichts bekannt.

Ein finnländischer Dampfer von einer Sowjetkennung aus beschossen.

Nach einer Meldung des „Lofalanzeigers“ ist der finnländische Lastdampfer „Caleva“ von einer russischen Gewehrbesetzung aus beschossen worden, als er aus den russischen Gewässern nach Helsinki fuhr. Der Einschlag der Granaten war nur 15 bis 20 Meter von dem Schiff entfernt. Der finnische Außenminister hat umgehend in Moskau protestiert. Ferner wird mitgeteilt, daß auch ein russisches U-Boot, das etwa 3 Kilometer von dem finnischen Dampfer entfernt lag, nach dem Fort signalisierte, bevor der Schuß fiel.

Die deutschen Krankentassen.

Ein Kongress in Köln. — Die Kranken- und die Arbeitslosenversicherung. — Das Arztproblem.

Der deutsche Krankentassenkongress, der mit einem Begrüßungsabend und Empfang durch die Allgemeine Ortskrankentasse in Köln eingeleitet wurde, hat begonnen. Der Vorsitzende, Franz Behrens, M. d. R., konnte vor vollzähliger Hausbesuch zahlreiche Vertreter begrüßen. Nach der Begrüßungsansprache erstattete Verbandsdirektor Schulte-Berlin den Geschäftsbericht und ließ sich dann eingehend über

Schwewende Tagesfragen

aus. Die schlechte Wirtschaftslage und im Zusammenhang damit die hohe Arbeitslosigkeit hätten naturgemäß eine starke Inanspruchnahme der Krankentassen zur Folge. Sie zeigte sich vor allem in dem

mangelhaften Eingang der Beiträge.

Eine an sich wünschenswerte Herabsetzung der Beiträge wurde durch die starke Beanspruchung zunächst gemacht. Auch die gefällige Auffüllung der Rücklage wurde unmöglich. Der Gesamtverband umfasste am 31. Dezember 1929 686 Tassen mit insgesamt rund 3 385 000 Mitgliedern. Bezüglich der Beziehungen zwischen

Krankentassen und Arbeitslosenversicherung

nahm der Vortragende zu einer Reihe von Schwierigkeiten Stellung, die eine notwendige Aufstellung besonders im Hinblick auf die Reformvorläufe zur Krankenversicherung im kommenden Reichstag notwendig erscheinen lassen. Die Arbeitslosenversicherung durch Gesparnisse bei den Krankentassen zu forcieren, bezeichnete er als eine im Grunde unbillige Forderung, obwohl man nicht verkennen dürfte, daß die Notwendigkeit des Zusammengehens beider Sozialversicherungen gegeben sei. Die Behauptung, daß die Krankenversicherung bei einem Gesamtaufwand von 96 Mill. RM. Krankenversicherungsbeiträgen der Arbeitslosen einen solchen Lebensfuß erziele, daß der Arbeitslosenversicherung auf dieser Grundlage 30 Mill. RM. zuzulassen könnten, wies der Redner wiederholt zurück. Das Verhältnis der reichsgesetzlichen Krankentassen zu den

Erfoltsfällen

war im Berichtsjahr nicht immer und überall ein ungetriebenes. Wieder war es in der Hauptphase die oft wenig schöne Propaganda, die von den Erfolgsfällen getrieben wurde. Der Vortragende kam im Anschluß daran auf den Entwurf eines Gesetzes zur

Kombinierung der Krankenversicherung

zu sprechen. Schwerste Bedenken erhob er gegen die geplante Krankenkassenreform und eine Vereinfachung der Versicherungen an den Krankentassen, die nach Prüfung durch den Reichstag auf 50 Pfg. je Krankentasse und 50 Pfg. für jedes Versicherungsmitglied festgesetzt wurden. Durch diese Regelung würde eine Verschärfung der Lagen zumungunsten der Arbeitnehmer eintreten. Demgegenüber war der Redner der Ansicht, daß einem wirklich Kranken sogar ohne Krankentasse geholfen werden müsse. Eine

Erhöhung der Verwaltungskosten

werde ebenfalls nicht zu umgehen sein. Der „Arztelunger“

Wann seiner Ansicht nach durch eine ärztliche Belehrung einbehalten werden. Die Lebensfälle an Heilparaten und die zu häufigen hygienischen Ausstellungen seien zum großen Teil Schuld an der stark verbreiteten Meinung, daß der Arzt unbedingt eine Arznei verschreiben müsse. Die Bestimmung des Gesetzentwurfes, wonach

Krankentagelöhne

erst vom vierten Arbeitstag ab gezahlt werden solle, bezeichnete der Redner als durchaus unsozial, weil dann ein Arbeiter, der das Unglück habe, vor mehreren Festtagen krank zu werden, mitunter eine Woche auf Krankentagelöhnen warten müsse. Bei der Behandlung der

Arztfrage

kam der Vortragende zu dem Schluß, daß die bisherige Regelung unbedingt unbefriedigend sei. Die Ärzte hätten bisher keine brauchbaren Vorschläge gemacht. Beinhaltet werden, wie die Zulassung der Kassenzurück, die oft unberechtigten Honorare, die Massenbehandlung durch einzelne Ärzte und die oftmals unbefriedigende Behandlung der Kranken seien stets unberührt geblieben. Die Ärzte hätten in dieser Hinsicht schon längst Zugeständnisse machen müssen. Im Gegenteil hätten sich die Ärzte auf Standpunkte gestellt, mit denen sich die Krankenversicherung durchaus nicht einverstanden erklären könne. Jegendwellige Gesparnisse bei der Versicherung zur Regelung der Arztfrage zu verwenden, schienen die deutschen Krankentassen fruchtlos ab. Der Redner begrüßte in diesem Zusammenhang die Bestimmung des Gesetzentwurfes, wonach die Kassenzurück nur nach Maßgabe der Krankenzahl zugelassen werden sollen.

Reichstagsabgeordneter Weder-Arnberg behandelte das Thema:

„Die Gesundheitsfürsorge in der versicherten Bevölkerung.“

Die wesentliche Aufwärtsbewegung in der Volksgesundheit innerhalb des letzten Jahrhunderts sei zum großen Teil ein Verdienst der Sozialversicherung.

Frau Clara Schloßmann-Buntes (Berlin) sprach über

„Die Witterungsfürsorge als Grundbedingung jeder planmäßigen Gesundheitsfürsorge.“

Ohne die Konzentration auf eine umfassende rechtzeitige Witterungsfürsorge und Schulung werde man in keiner Weise zu einem guten Ziele kommen.

Ministerialdirektor Dr. Grieser überbrachte die Grüße des Reichsarbeitsministers Dr. h. c. Siegel, der leider an seinem persönlichen Erscheinen verhindert gewesen sei.

Fruchtbar und besonnen,

das bei der Beigebende, den das Reichsarbeitsministerium seiner sozialpolitischen Arbeit vorantreibt und den er — Grieser — auch dem Deutschen Krankentassenkongress als Leitmotiv empfehlen möchte. Dr. Siegel wird werde die deutsche

Sozialpolitik in fester Bewegung halten. Fruchtbar und besonnen seine ihm

der Gelehenwurf zur Reform der Krankenversicherung zu sein, getragen von sittlichen Ideen, aber auch nicht an den wirtschaftlichen Notwendigkeiten vorübergehend. Die Krankenversicherung biete so

starke Möglichkeiten des Krankwerdens,

daß die Möglichkeiten fast zur Gewißheit würden. Es entspreche daher ganz der Natur der Dinge, wenn die Krankenversicherung die höchsten Beiträge erhebe. (Im Reichsdurchschnitt 6,3 Prozent des Grundlohnes.) Wenn die Entwicklung im Sozialversicherungswesen so ungehindert weitergehe wie bisher, würden wir im Jahre 1935 eine Gesamtausgabe von drei Milliarden haben. 16 Prozent des Gesamtlohnes der deutschen Arbeiter werden allerdings für die sozialen Abgaben beschlagnahmt. Wenn der Arbeiter infolge dessen gezwungen ist, mit dem ihm verbleibenden, oft sehr mäßigen Arbeitsverdienst, sparsam umzugehen, dann könne er auf der anderen Seite für sein beschlagnahmtes Verdienst eine angemessene Gegenleistung verlangen. In der Arbeitslosen- und Invalidenversicherung sei eine Erhöhung der Beiträge unvermeidlich. Es ergebe sich daher die Frage nach dem Woher und Wohin. Neben anderen Gründen sei eine der stärksten Ursachen für die augenblickliche Situation in der Krankenversicherung die Kassenzurückfrage. In den Aufwendungen hätten

Letzte Drahtnachrichten.

Indenburg und Ehrenbreitstein.

Nach der Rundgebung der preussischen Staatsregierung in Koblenz wurde Reichspräsident von Hindenburg durch ein dichtes Spalier zum Oberpräsidium geführt, wo in einem kleinen Saal ein Frühstück eingenommen wurde. Der Reichspräsident sprach einem Vertreter der Koblenzer Presse gegenüber seine Anerkennung und seinen Dank aus für die treue Haltung während der Besatzungszeit und ermahnte zum Schluß die Presse: „Nimmer aus Vaterland denken.“

Am Spätnachmittag fand dann auf der Feste Ehrenbreitstein eine kurze Begrüßungsfeier des Landkreises Koblenz statt. Dort wurden kurze Ansprachen gehalten und dem Reichspräsidenten einige Veteranen von 1866 und 1870 vorgestellt. Die Hin- und Rückfahrt gestaltete sich zu einer großen Ehre für Hindenburg. Von einer Abteilung bereiteter Schutzpolizisten geleitet, fuhr der offene Wagen des Reichspräsidenten langsam durch Koblenz. An der Seite Hindenburgs hatte der Koblenzer Oberbürgermeister Platz genommen. Sechs weitere Wagen mit der Begleitung des Reichspräsidenten und Vertretern des Reichs- und Staatsministeriums folgten.

Der Zug ging durch die Hauptstraßen und endete an der Stadthalle, in der die Stadt Koblenz abends einen Empfang gab. Nach kurzen Begrüßungsworten des Oberbürgermeisters Dr. Aufferl nahm der preussische Innenminister Dr. Waentig zu einer Ansprache das Wort. Es sei gewiß kein Zufall gewesen, so erklärte er, daß gerade Koblenz zum Sitz der interalliierten Rheinlandkommission ausgerufen wurde. Seit mehr denn einem Jahrhundert sei in Koblenz die rheinische Zentrale der preussischen Verwaltung. Als sich die interalliierte Rheinlandkommission ebenfalls hier niederließ, habe man dadurch bewußt an die preussische Verwaltungstradition anknüpfen wollen, um in der Bevölkerung den Eindruck zu erwecken, als ob nunmehr an die Stelle der einen Behörde die andere getreten sei. Gerade in der Zeit der schwersten Bedrückung habe sich jedoch überzeugend offenbart, wie wohlgefühlt der Bau des preussischen Staates war. Gewisse Pläne und Hoffnungen, die darauf abzielten, den preussischen Staat auseinander zu sprengen, seien kläglich gescheitert. Dies müsse man heute mit stolzer Genugtuung als einen politischen Erfolg feststellen.

Eine besondere Note wurde noch durch die Anwesenheit einer Abordnung der Stadt Insbruck herbeigeführt, deren Führer, Bürgermeister Lembaur, in herzlichsten Worten dankte, daß ihm die Möglichkeit geboten worden sei, an einer so herrlichen Feier teilnehmen zu können. Nach dem Empfang begaben sich die Teilnehmer auf einen Dampfer, um vom Rhein aus die Besatzung der Ufer und der Feste Ehrenbreitstein sowie ein Feuerwerk über dem Rhein zu erleben.

Der Landbund stellt eigene Listen auf.

Der Bundesvorsitzende des Reichslandbundes hat eine Entschlüsselung gefaßt, in der es u. a. heißt: „... Die Landwirtschaft kann und will es nicht mehr ertragen, daß sie das Opfer der Parteitaktik von diesen in sich uneinigen Parteien wird. So wertvolle Dienste der von der grünen Front in das Parlament übernommene Gedanke der Querverbindungen geleistet hat, in der nunmehr entstandenen gesamtpolitischen Lage reicht er allein nicht aus. In der außerparlamentarischen wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung hat sich für die gesamte Landwirtschaft der geschlossene Block im Reichslandbunde zusammengeschlossen. Landvolkes als starkes, schlagfertiges, unabhängiges Kampfmittel bewährt. Der deutsche Bauer will nicht, daß die bewährte Kampforganisation von gewissen Parteien und Parteigruppen mißbraucht wird. Abgetrieben von diesem Parteihaber und vom Geizart der einzelnen Claqueen stellt sich das Landvolk nunmehr auch für den parlamentarischen Kampf auf eigene Füße. Unbeirrt durch alle Angriffe und Verleumdungen, in geschlossener Abwehr gegen jede Störung der Einigkeit in den eigenen Reihen wird es seinen eigenen Weg gehen, in der Überzeugung, daß beste Volkspolitik gleichzeitig auch beste Staats- und Nationalpolitik ist. Die außer-

Die Ausgaben für die Kassenzurück

den größten Auftrieb aufweisen. Es frage sich dann allerdings weiter, ob die Versicherer selbst nicht auch einen Teil der Schuld mittigen. Die Krankenversicherung biete zweifellos

zahlreiche Möglichkeiten für Eigenruhm und unbeschränkte Inanspruchnahme durch die Versicherer. Durch Erhebungen sei festgestellt worden, daß in Fällen der Arbeitsunfähigkeit bis zu

66 Prozent der Arbeitsunfähigen einer Untersuchung durch den Vertrauensrat nicht standhielten. Versicherungen, in denen das Krankwerden eines jeden Versicherten fast eine Gewißheit ist, können eben nur arbeiten mit der Heiligkeit der Versicherer sowie der Kassenzurück, mit Spararbeit in ihre Verwaltung und nicht zuletzt mit einer gerecht arbeitenden Aufsichtsbehörde. Zum Gelehenwurf sei zu sagen, daß er zum Teil auf Vorbilder, ja sogar auf Vorschläge des Geschäftsführers des Gesamtverbandes Deutscher Krankentassen, Lehmann, zurückgehe. Der Entwurf sei aber milder als diese Vorschläge. Der Entwurf habe sich zur Aufgabe gemacht, zweifellos bestehende Mängel zu beseitigen und vor allem

die moralische Haltung aller an der Versicherung Beteiligten zu heben.

Mit einem Dankeswort an die Beamten und Angestellten der Versicherung für ihre Tätigkeit schloß Dr. Grieser seinen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag.

Im Anschluß hieran sprach Generaldirektor Prof. Dr. Adam vom Reichsausschuß für hygienische Volksbelehrung über

„Aufgaben und Bedeutung der hygienischen Volksbelehrung.“

Die augenblickliche gute Volksgesundheit sei in erster Linie der Sozialversicherung zu verdanken, die die Erfolge der medizinischen Wissenschaft auf das Volk übertragen habe. Die hygienische Volksbelehrung zu fördern, sei auch im großen Maße Aufgabe der Krankenversicherung.

Brüdeneinsturz bei Koblenz.

Bisher 34 Leichen geborgen.

Nach dem Abschluß der glänzend verlaufenen Besetzung der Feste Ehrenbreitstein und des Deutschen Ecks strömten Massen der am Ufer versammelten Menschen über eine schmale Pontonbrücke des Siderwerksfabrikens in Koblenz-Lübel. Als sich etwa 100 Menschen auf der Brücke befanden, brach diese zusammen und alle Personen fielen ins Wasser. Sie wurden zum Teil von den stürzenden Balken erschlagen, zum Teil von den umkippenden schweren Pontons unter Wasser gedrückt. Nur einige in der Nähe des Ufers befindliche Personen konnten sich retten, andere wurden herausgeholt. Der größte Teil ertrank. Bis 12 Uhr waren 24 Leichen geborgen.

Eine spätere Meldung berichtet: Bis 1 Uhr waren 34 Todesopfer des Unglücks geborgen. Man rechnet damit, daß noch mehr Leichen gefunden werden. Die Pontonbrücke bestand sich am Eingang des Siderwerksfabrikens in Koblenz vor deren Einmündung in den Rhein. Das Wasser ist dort etwa 6 Meter tief. Die Schwere des Unglücks ist zweifellos darauf zurückzuführen, daß sich in der Dunkelheit die Leute in ihrer Angst gegenseitig anflammernten und in die Tiefe rissen. Der Polizeipräsident von Koblenz hat sofort nach Bekanntwerden des Unglücks alle Feiertage in dem Stadtbezirk unterbrechen lassen.

gewöhnlich gefährdete Lage der deutschen Landwirtschaft verlangt auch für den politisch-parlamentarischen Kampf entsprechende Maßnahmen. Der Bundesvorsitzende des Reichslandbundes hat deshalb beschlossen, unter gewisser Absehung von der bisher geübten Methode für die kommende Wahl seine Mitglieder aufzufordern, der Sammelparole des Bundesverbandes zu folgen und, soweit es die örtlichen Verhältnisse irgend zulassen, einzutreten für die Wahl auf Landvolksliste in allen Provinzen und Ländern. Nach wie vor bleibt die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Landbundorganisation gegenüber jedem Parteigegebilde oberstes Gebot! ...

Wie der Conti-Nachrichtendienst erfährt, wird der Beschluß des Reichslandbundes, eigene Landvolkslisten aufzustellen, in parlamentarischen Kreisen als „Großes Rechte“ angesehen für das Schicksal der sogenannten „Großen Rechte“, von deren Bildung in den letzten Tagen so viel die Rede war. Eine Dachlistengemeinschaft zwischen Land- und Stadtvolk wird nunmehr als ausgeschlossen bezeichnet. Die neue Landvolksliste wird umfassen die christlich-nationalen Bauern und die Gruppe Schiele-Nichtshofen und wird voraussichtlich alle Vertreter des Landvolkes, die bisher bei anderen Parteien Unterfunktion fanden, an sich ziehen. Man spricht in diesem Zusammenhang auch davon, daß von Reudeln zu der christlich-nationalen Bauern übergeben wolle.

Austritte aus der Deutschnationalen Volkspartei.

Die vier sächsischen Deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Damm, Hartmann, Dr. Blüpp und Dr. Adamacher haben an den Landesauschuß der Deutschnationalen Volkspartei für Sachsen ein Schreiben gerichtet, in dem sie ihren Austritt aus der Partei erklären. Sie saßen in der Arbeit des Kabinetts Brünning trotz vieler nachsichtiger und persönlicher Bedenken den schließlichen Willen, eine von sozialistischen Einflüssen befreite, der Gesundheit der Wirtschaft dienende Finanz- und Wirtschaftspolitik wenigstens einzuleiten und sahen die Möglichkeit eines Wiederaufstiegs ohne katastrophalen Zusammenbruch. Sie glaubten eine Politik nicht verantworten zu können, die unter Verschlagung der vorgelegenen Reform und ihrer Ansprüche diese Wege verperzte und Volk und Wirtschaft in unübersehbare Wirren stürzte.